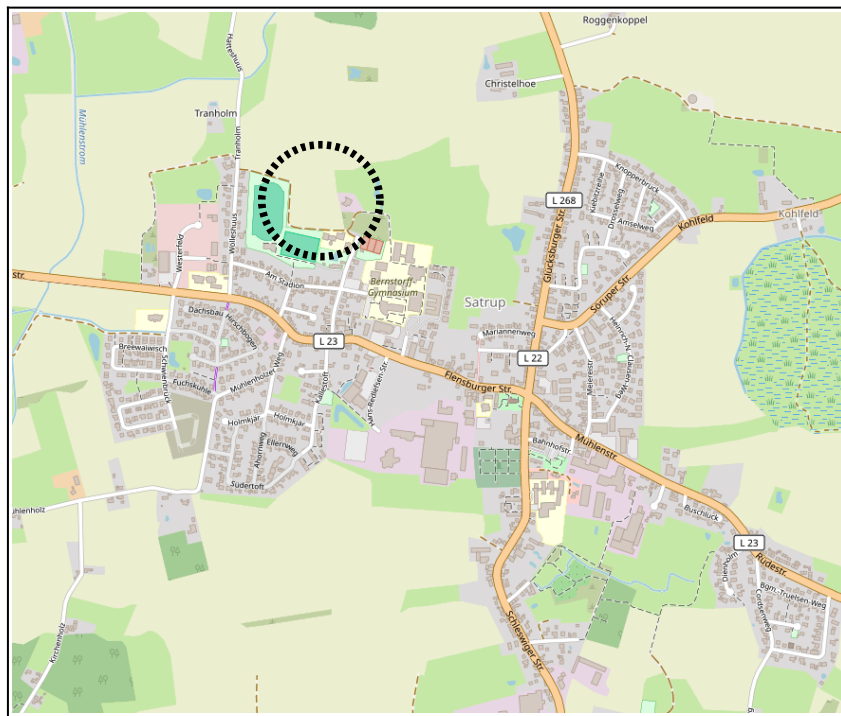


# GEMEINDE MITTELANGELN

## BEBAUUNGSPLAN NR. 26 „ERSCHLIESSUNG-SPORTPLATZ-SPORTANLAGEN“ und 19. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS

Gemeinsame Begründung  
zum Vorentwurf



30.01.2026

Verfasser:

**AC**  
PLANER  
GRUPPE

[www.ac-planergruppe.de](http://www.ac-planergruppe.de)

Bearbeitung: M. Sc. Fiona Gehrken, Dipl. Ing. Martin Stepany  
Qualitätskontrolle: Dipl.-Ing. Stefan Escosura



## INHALTSVERZEICHNIS

	<b>TEIL I - BAULEITPLANERISCHER TEIL</b> .....	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Räumlicher Geltungsbereich</b> .....	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Planungserfordernis / Planungsanlass</b> .....	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>Standortalternativenprüfung</b> .....	<b>5</b>
<b>4</b>	<b>Planungsvoraussetzungen / Planungsgrundlagen</b> .....	<b>6</b>
4.1	Landesentwicklungsplan 2021.....	6
4.2	Regionalplan, 2. Entwurf, 2025.....	7
4.3	Flächennutzungsplan 1999.....	7
4.4	Landschaftsrahmenplan.....	8
4.5	Landschaftsplan 1998.....	8
4.6	Konzepte und Untersuchungen im Rahmen der Städtebauförderung.....	9
<b>5</b>	<b>Bestandsbeschreibung</b> .....	<b>9</b>
<b>6</b>	<b>Planerische Konzeption</b> .....	<b>10</b>
<b>7</b>	<b>Plandarstellung 19. Änderung des Flächennutzungsplans</b> .....	<b>10</b>
<b>8</b>	<b>Fachgutachten</b> .....	<b>10</b>
8.1	Artenschutzfachbeitrag.....	11
8.2	Geotechnische Untersuchung.....	11
8.3	Entwässerungskonzept.....	12
8.4	Lärmtechnische Untersuchung.....	12
8.5	Verkehrstechnische Untersuchung.....	13
<b>9</b>	<b>Begründung der planungsrechtlichen Festsetzungen</b> .....	<b>14</b>
9.1	Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen.....	14
9.2	Maß der baulichen Nutzung.....	14
9.3	Verkehrsflächen.....	14
<b>10</b>	<b>Begründung der grünordnerischen Festsetzungen</b> .....	<b>15</b>
10.1	Neuanlage Knick.....	15
<b>11</b>	<b>Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft</b> .....	<b>15</b>
11.1	Dachbegrünung.....	15
11.2	Artenschutzrechtliche Bauzeitregelungen.....	15
<b>12</b>	<b>Abwägung</b> .....	<b>15</b>
<b>13</b>	<b>Verkehr und Erschließung</b> .....	<b>15</b>
<b>14</b>	<b>Ver- und Entsorgung</b> .....	<b>16</b>
14.1	Strom- und Wärmeversorgung.....	16
14.2	Frischwasserversorgung.....	16
14.3	Schmutzwasserbeseitigung.....	16
14.4	Oberflächenentwässerung.....	16
14.5	Abfallbeseitigung.....	16
14.6	Brandschutz.....	16
<b>15</b>	<b>Flächenbilanz</b> .....	<b>17</b>
	<b>TEIL II - UMWELTBERICHT</b> .....	<b>18</b>

<b>16</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>18</b>
16.1	Gesetzliche Grundlagen.....	18
16.2	Untersuchungsraum.....	18
<b>17</b>	<b>Festgelegte Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung bei der Aufstellung.....</b>	<b>19</b>
17.1	Fachgesetzliche Ziele.....	19
17.2	Ziele aus Fachplanungen.....	22
17.3	Schutzgebiete.....	22
<b>18</b>	<b>Zu erwartende Auswirkungen auf die Umwelt.....</b>	<b>22</b>
<b>19</b>	<b>Untersuchungsrahmen für die Umweltprüfung.....</b>	<b>22</b>
<b>20</b>	<b>Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung.....</b>	<b>25</b>
<b>21</b>	<b>Artenschutzrechtliche Prüfung.....</b>	<b>26</b>
21.1	Artenschutz-Maßnahmen.....	27

## ANLAGEN

- A) Lärmtechnische Untersuchung Sportanlagenlärm nach 18. BImSchV. Verfasser: Wasser- und Verkehrskontor. Neumünster, 24.06.2024
- B) Artenschutzfachbeitrag für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 26, 19. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Mittelangeln. Verfasser: GFN Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung mbH. Molfsee, 06.03.2025.
- C) Verkehrstechnische Untersuchungen. Verfasser: Masuch + Olbrisch Ingenieurgesellschaft mbH. Oststeinbek, 30.01.2025
- D) Wasserhaushaltsbilanz – Fachbeitrag nach A-RW1. Verfasser: Masuch + Olbrisch Ingenieurgesellschaft mbH. Oststeinbek, 03.12.2025
- E) Entwässerungskonzept. Verfasser: Masuch + Olbrisch Ingenieurgesellschaft mbH. Oststeinbek, 04.12.2025
- F) Geotechnischer Untersuchungsbericht mit orientierender Schadstoffuntersuchung. Verfasser: IGB Ingenieurgesellschaft mbH. Kiel, 17.10.2024



## **TEIL I - BAULEITPLANERISCHER TEIL**

### **1 Räumlicher Geltungsbereich**

Das Plangebiet befindet sich nordwestlich des Schulzentrums der Straßen „Am Gymnasium“ und „Zum Schwimmbad“, nördlich der Straße „Am Stadion“ am nördlichen Rand der Ortslage Satrup der Gemeinde Mittelangeln. Das Plangebiet liegt im Nordwesten der Ortslage Satrup zwischen dem Schulzentrum und bestehender Sport- und Freizeitanlagen. Angrenzend an den Geltungsbereich befinden sich das bestehende Knud-Redlefsen-Stadion mit Sportlerheim, das Freibad Satrup sowie Tennis- und Trainingsplätze.

Das Plangebiet umfasst die Flurstücke 152 und 36/1 und hat eine Größe von 2,5 ha.

### **2 Planungserfordernis / Planungsanlass**

Die Gemeinde Mittelangeln verfolgt mit der Planung das Ziel, zukunftsgerechte Gemeinbedarfsflächen für die sportliche Bildung im Schul- und Freizeitbetrieb zu erschließen und zu schaffen. Die entsprechenden Maßnahmen wurden im Maßnahmenplan des integrierten Entwicklungskonzeptes der Gemeinde Mittelangeln dargestellt, mit Beschluss der Gemeindevertretung die Umsetzung angemeldet und abschließend durch das zuständige Ministerium bestätigt.

Die Gemeinde möchte mit der Aufstellung der Bauleitplanung für das Gebiet (19. Änderung des Flächennutzungsplans / Bebauungsplan Nr. 26) die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung der Sportplatzerweiterung. Die Sportplatzerweiterung umfasst den Bau eines neuen Vereinsheims, eine Neuanlage eines weiteren Sportplatzes sowie einer Stellplatzanlage.

Entsprechend der vorgesehenen Nutzungen beabsichtigt die Gemeinde Mittelangeln mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 26 eine Fläche als Fläche für den Gemeinbedarf zu entwickeln.

Parallel zum Bebauungsplan Nr. 26 wird die 19. Änderung des Flächennutzungsplans aufgestellt.

### **3 Standortalternativenprüfung**

In der Gemeinde ist keine für die vorgesehenen Nutzungen geeignete Fläche im Innenbereich vorhanden. Der Standort für die geplanten kommunalen Nutzungen ergibt sich aus der Nähe zu vorhandenen Sportplätzen und des Satruper Schulzentrums. Der geplante neue Sportplatz muss sich aufgrund des Vereinsbetriebs und der angrenzenden Nutzungen in unmittelbarer Nähe der vorhandenen Sportplätze sowie des Satruper Schulzentrums befinden. Unter dieser Vorgabe sind keine anderen Flächen für die Entwicklung einer Sportfläche für den Vereins- und Schulbetrieb geeignet.

Zudem sind die Störungen angrenzender schutzbedürftiger Nutzungen (Wohnen) durch den Betrieb der geplanten Gemeinbedarfsnutzungen gering bzw. können die gesetzlichen Vorgaben durch planerische und bauliche Maßnahmen eingehalten werden.

Die Gemeinde hat deshalb keine weitere Prüfung von Standortalternativen durchgeführt. Die Gemeinde möchte die weiteren Gemeinbedarfsnutzungen auf diesen Bereich konzentrieren, um für den überwiegenden Teil der Einwohner der Gemeinde eine gute Erreichbarkeit zu gewährleisten.

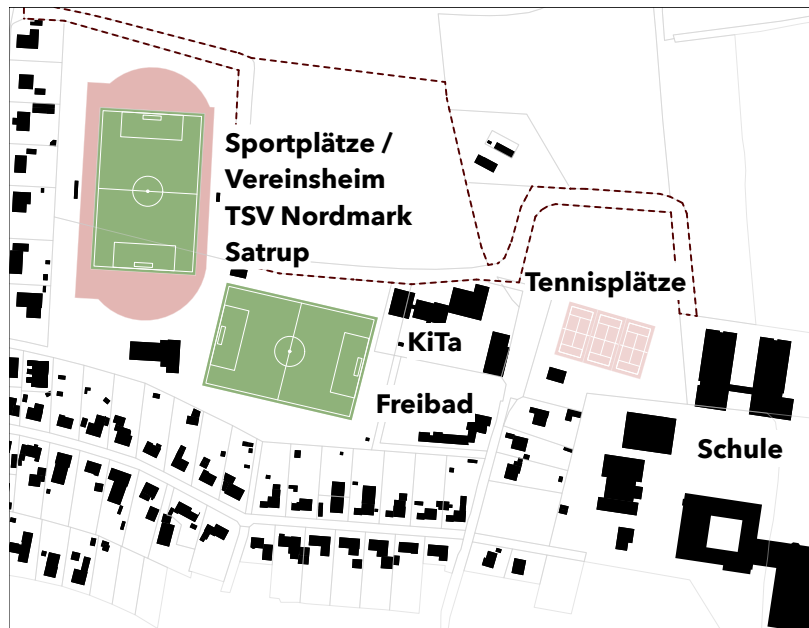


Abb.: Bestandsplan der umliegenden sozialen Infrastruktur mit Kennzeichnung des Plangebiets

## 4 Planungsvoraussetzungen /Planungsgrundlagen

### 4.1 Landesentwicklungsplan 2021

Die Gemeinde Mittelangeln liegt im ländlichen Raum südöstlich des Stadt- und Umlandbereiches Flensburgs als Oberzentrum. Der Ortsteil Satrup selbst ist als Unterzentrum ausgewiesen. Die Unterzentren sind eine Einstufung des Zentralörtlichen Systems, das wiederum die Schwerpunkte für Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen sowie für bauliche und gewerbliche Entwicklung darstellt. Unterzentren dienen der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des qualifizierten Grundbedarfs (LEP 2021, Kap. 3.1.3).

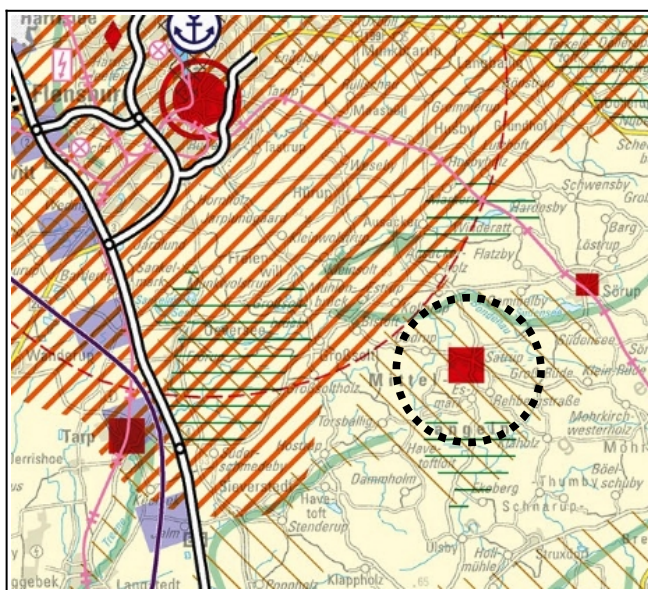


Abb.: Ausschnitt Landesentwicklungsplan

## 4.2 Regionalplan, 2. Entwurf, 2025

Die Regionalpläne befinden sich aktuell in Neuauufstellung.

Im 2. Entwurf des Regionalplans wird die Gemeinde als Unterzentrum im zentralörtlichen System abgebildet. Grundsätzlich sind Zentrale Orte „(...) Schwerpunkte für überörtliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen sowie für die wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung. Sie haben entsprechend ihrer Funktion in bedarfsgerechtem Umfang Flächen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur auszuweisen“.

Die Gemeinde wird beschreiben „als Amtssitz sowie Standort aller allgemeinbildenden Schularten und verfügt über Freizeit- und medizinische Einrichtungen sowie mehrere Betriebe des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors mit regionaler Bedeutung“.

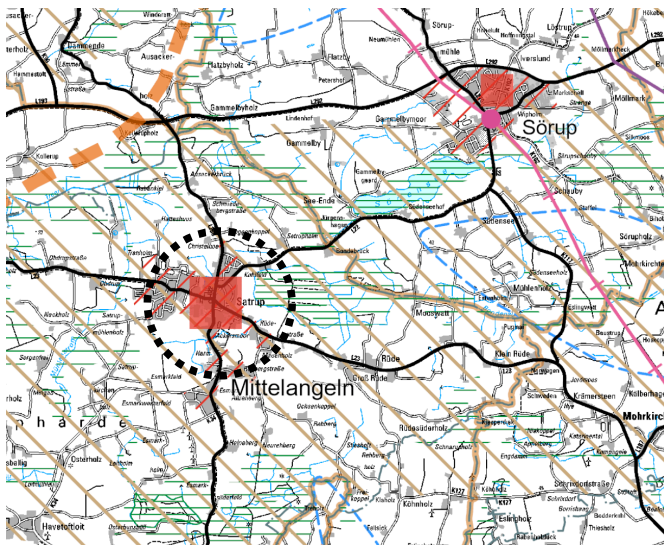


Abb.: Ausschnitt Regionalplan-Entwurf, Planungsraum I

## 4.3 Flächennutzungsplan 1999

Der derzeit gültige Flächennutzungsplan von 1999 stellt den Geltungsbereich als Flächen für die Landwirtschaft dar. Die angrenzenden Sportflächen sowie das Schulzentrum werden als Flächen für den Gemeinbedarf dargestellt. Der Bebauungsplan Nr. 26 entwickelt sich nicht aus dem Flächennutzungsplan. Deshalb wird parallel die 19. Änderung des Flächennutzungsplans aufgestellt.

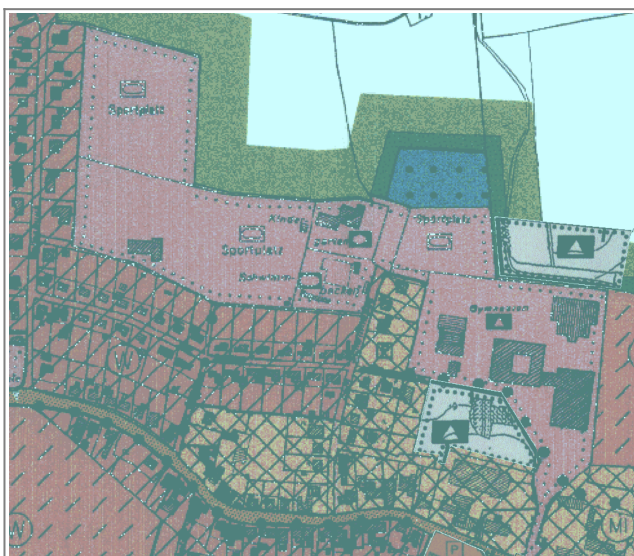


Abb.: Ausschnitt Flächennutzungsplan

#### 4.4 Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum I stellt die Lage des Plangebietes innerhalb eines Gebiets mit besonderer Erholungseignung dar. Der östliche Teil des Siedlungsgebietes wird als Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 26 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG als Landschaftsschutzgebiet erfüllt, dargestellt.

Östlich der Ortslage befindet sich ein gesetzlich geschützter Biotop, der in einem UNESCO Biosphärenreservat liegt.

Im Umfeld des Plangebietes liegen laut Landschaftsrahmenplan klimasensitive Böden vor.



Abb.: Ausschnitt Hauptkarte 3 Landschaftsrahmenplan

#### 4.5 Landschaftsplan 1998

Der Landschaftsplan von 1998 stellt im Entwicklungsplan Acker oder Grünland und für den östlichen Teilbereich Dauergrünland dar. Der landwirtschaftliche Weg, der das Plangebiet von Ost nach West durchzieht, wird als Fuß- und Radweg dargestellt.

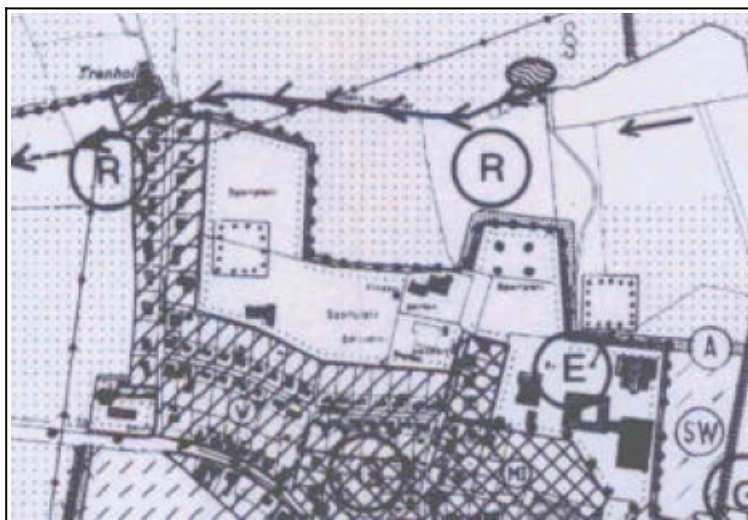


Abb.: Ausschnitt Landschaftsplan (Entwicklung)

Die Planung widerspricht den Zielen des Landschaftsplans.



#### **4.6 Konzepte und Untersuchungen im Rahmen der Städtebauförderung**

Die Gemeinde Mittelangeln wird im Rahmen des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ der Städtebauförderung unterstützt. Ziel dieser Förderung ist es unter anderem, Gemeinden im ländlichen Raum als zentrale Ankerpunkte der Daseinsvorsorge zukunftsfähig zu machen und ihre zentralörtliche Versorgungsfunktion nachhaltig zu stärken. Als Grundlage für die städtebauliche Gesamtmaßnahme wurde eine Bestandsanalyse in Form der vorbereitenden Untersuchung (VU) und ein darauf aufbauendes integriertes Entwicklungskonzept (IEK) zur Darstellung der Konzeption erstellt. Zusätzlich wurde ein Zukunftskonzept Daseinsvorsorge für die Gemeinde und das Umland entwickelt, welches Festlegungen und Konzeptvorschläge zur Gestaltung und (Re-)Organisation der Daseinsvorsorge und ihrer Infrastrukturen erarbeitet.

##### **Zukunftskonzept Daseinsvorsorge der Gemeinde Mittelangeln und Umland 2022**

Das Zukunftskonzept Daseinsvorsorge stellt eine hohe Auslastung der Sportanlagen Mittelangeln heraus. Insbesondere die Sportplätze kommen durch steigende Mitgliederzahlen und Erweiterungen des Angebots an ihre Grenzen. Defizite werden bei den vorhandenen Kabinen, Geräteräumen und Parkplätzen sowie bei der Barrierefreiheit der Anlagen festgestellt. Diesbezüglich werden entsprechende Handlungsempfehlungen formuliert.

##### **Vorbereitende Untersuchung (VU) und Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (IEK) 2022**

Die vorbereitende Untersuchung hat ergeben, dass sich die bestehenden Sportanlagen (Sportplatz und Sporthalle) sowie die Kabinen, Sportlerheim und Geräteräume in einem schlechten baulichen Zustand befinden und nicht mehr dem heutigen Standard entsprechen. Demnach besteht Bedarf nach einer Sanierung und funktionalen Neuorganisation des Geländes, was durch das Wachstum des ansässigen Sportvereins zusätzlich verstärkt wird. Weiterhin stellt die VU folgende Bedarfe auf: eine Sanierung der Tartanbahn, eine Errichtung eines Beachvolleyballfeldes, eine Umstellung der Beleuchtung der Flutlichtanlage auf LED umgestellt werden und ein zusätzlicher Kunstrasenplatz und die Schaffung von zusätzlichem Parkraum.

Das Integrierte Entwicklungskonzept benennt hierzu folgende Maßnahmen:

- Neubau und Ausbau der Erschließung am neuen Sportplatz durch Ertüchtigung des Feldwegs (Maßnahme Nr. 26 + 26 a)
- Sanierung und Erweiterung der Sportanlagen (Maßnahme Nr. 4)
- Sanierung, Erweiterung oder Neubau des Sportlerheims (Maßnahme Nr. 5)

#### **5 Bestandsbeschreibung**

Das Plangebiet liegt im Norden von Mittelangeln im Ortsteil Satrup. Es grenzt im Süden an ein Freibad, Sportplätze mit Tennisplatz und Fußballfeldern, einen Kindergarten sowie Wohnhausbebauung an. Nördlich des Gebietes befinden sich landwirtschaftliche Flächen und in ca. 500m Entfernung ein Wald. Westlich ist das Gebiet durch eine öffentliche Straße „Wolleshuus“ begrenzt, in der sich Wohnhausbebauung befindet. Im Osten ist das Gebiet durch den Dennertweg begrenzt. Der Großteil des Geltungsbereichs stellt eine intensiv genutzte landwirtschaftliche Fläche dar, auf welcher im Sommer 2024 Getreide angebaut wurde. Sie ist Teil einer größeren landwirtschaftlich genutzten Fläche, welche nicht von der B-Plan-Änderung betroffen ist. Ein Spurplattenweg führt von Westen nach Osten entlang der südlichen Grenze des Plangebiets.

## 6 Planerische Konzeption

Die Gemeinde Mittelangeln plant, die Sportplatzanlage in Anschluss an die bestehenden Sport- und Freizeitstätten zu erweitern. Diese umfasst den Neubau eines Vereinsheims sowie die Anlage eines weiteren Sportplatzes (voraussichtlich mit Kunstrasen). Zudem ist die Neuanlage einer Stellplatzanlage vorgesehen. Der Anschluss an das übergeordnete Verkehrsnetz erfolgt im Westen an der Straße „Wolleshuus“. Geplant ist weiterhin eine durchgängige Fuß- und Radwegeverbindung, die das Plangebiet mit den angrenzenden sozialen Infrastrukturen (Schule, Kindertagesstätte und Freibad) verbindet und eine durchgehende Verbindung von West nach Ost schafft.

Um das Plangebiet weitestgehend von der offenen Landschaft abzuschirmen, ist eine Eingrünung durch die Neuanlage eines Knicks vorgesehen.

Zur Entwässerung des Gebiets ist im Osten des geplanten Sportplatzes eine unterirdische, geschlossene Regenrückhaltevorrichtung vorgesehen.



Abb.: Konzeptdarstellung

## 7 Plandarstellung 19. Änderung des Flächennutzungsplans

In der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß der vorgesehenen Nutzungsart das gesamte Plangebiet als Flächen für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Sportanlagen“ dargestellt.

## 8 Fachgutachten

Bei den folgenden Fachgutachten handelt es sich um dem aktuellen Planstand (Vorentwurf) entsprechenden Vorabzügen. Mit Schärfung der aktuellen Planung im weiteren Planungsverlauf werden die Gutachten ggf. weiter konkretisiert.

## 8.1 Artenschutzfachbeitrag

*Artenschutzfachbeitrag für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 26, 19. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Mittelangeln. Verfasser: GFN Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung mbH. Molfsee, 06.03.2025.*

Die Verträglichkeit der vorliegenden Planung mit geltendem Artenschutzrecht wurde im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrages untersucht. Der Fachbeitrag kommt zu dem Ergebnis, dass das Umsetzen von Maßnahmen zur Bauzeitenregelung und Besatzkontrollen, eine mögliche Schädigung / Tötung von Individuen gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG für Brutvögel, Amphibien und Fledermäuse ausgeschlossen werden kann. Durch das Bauvorhaben gehen gemäß Artenschutzfachbeitrag keine potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG für Fledermäuse und Amphibien verloren.

## 8.2 Geotechnische Untersuchung

*Geotechnischer Untersuchungsbericht mit orientierender Schadstoffuntersuchung. Verfasser: IGB Ingenieurgesellschaft mbH. Kiel, 17.10.2024*

Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung sind Untergrunderkundungen durchgeführt und in einem Geotechnischen Untersuchungsbericht dokumentiert worden. Weiterhin sind die Aushubböden im Hinblick auf die Entsorgung orientierend umwelttechnisch untersucht worden.

Der Untersuchung lag ein erstes Grobkonzept zur Nutzungsverteilung zugrunde. Die Untersuchung ergab hierzu:

### Tragfähigkeit des Untergrundes

Gegen eine Flachgründung geplanter Gebäude bestehen aus geotechnischer Sicht grundsätzlich keine Bedenken. Die oberflächennah angetroffenen Auffüllungen sind als nicht tragfähig einzustufen und sind -sofern sie sich in der Gründungsebene befinden - auszutauschen. In den überwiegenden Bereichen kann prinzipiell auf mindestens steifkonsistenten bindigen Erdstoffen bzw. den anstehenden Sanden direkt gegründet werden. Der Neubau könnte auf Einzel- und Streifenfundamenten oder einer statisch tragenden Sohlplatte gegründet werden.

Im Bereich der geplanten Verkehrsflächen stehen vorwiegend rollige Auffüllungen und gewachsene Sande an. In Teilbereichen werden bindige Schluffe und Torf angeschnitten. Im Bereich bindiger und organischer Erdstoffe sind baugrundverbessernde Maßnahmen notwendig. Dies ist im Zuge der weiteren Planungen festzulegen.

Für den Bereich des Sportplatzes ist eine Verbesserung der Trageigenschaften des Planums und eine Entwässerung über ein Dränsystem vorzusehen. Dies ist im Zuge der weiteren Planungen festzulegen.

### Versickerung von Niederschlagswasser

Die Anforderung an die Wasserdurchlässigkeit ist nur in Teilbereichen bei anstehenden schlufffreien rolligen Auffüllungen und gewachsenen Sande gegeben. Aufgrund der bindigen, wenig wasserdurchlässigen Schichten ist mit Stauwasserständen bei intensiven Niederschlägen bis nahe an die Geländeoberfläche zu rechnen. Aus den vorstehenden Angaben ist von einer planmäßigen Versickerung von Niederschlagswasser im Untersuchungsgebiet abzusehen.

### Schadstoffe

Im Zuge der Baumaßnahmen müssen Auffüllungen und gewachsene Böden ausgehoben/abgetragen und entsorgt werden. Die vorgenommene orientierende Schadstoffuntersuchung gibt einen Überblick über das ggf. vorhandene Schadstoffinventar und der daraus resultierenden Ent-

sorgungsmöglichkeiten. Bei der Untersuchung der oberflächennahen Böden ist der Wirkungspfad Boden → Mensch gemäß der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) berücksichtigt worden.

Nach dieser ersten (orientierenden) Abschätzung der Schadstoffbelastung der Aushubböden gemäß der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) sind die analysierten Bodenproben nicht als gefährlicher Abfall einzuordnen. Im Hinblick auf die Abfuhr/Entsorgung der Aushubböden sind in jedem Fall Deklarationsanalysen durchzuführen.

Die ermittelten Voreinstufungen der Böden sind im Zuge der weiteren Planungsschritte und der Ausführung zu prüfen, neu zu bewerten und ggfs. zu ergänzen.

### 8.3 Entwässerungskonzept

*Wasserhaushaltsbilanz – Fachbeitrag nach A-RW1. Verfasser: Masuch + Olbrisch Ingenieurgesellschaft mbH. Oststeinbek, 03.12.2025, sowie Entwässerungskonzept. Verfasser: Masuch + Olbrisch Ingenieurgesellschaft mbH. Oststeinbek, 04.12.2025*

Zur Erstellung des Entwässerungskonzeptes wurden Annahmen eines möglichen Vorhabens auf Grundlage der kommunalen Planungsabsichten bzw. der planerischen Konzeption erstellt. Aufgrund des aktuellen Verfahrensstands (Vorentwurf) handelt es sich bei dem vorliegenden Gutachten um einen Vorabzug, welcher im weiteren Verfahren konkretisiert werden soll. Erarbeitet wurden zwei Varianten.

Variante 1 umfasst die Entwässerung über ein Regenrückhaltebecken. Variante 2 löst hingegen die Entwässerung über eine geschlossene Regenrückhaltevorrichtung. Um den Spielbetrieb und die Nutzung des Sportplatzes nicht zu sehr einzuschränken, wird Variante 2 bevorzugt. In dem Rückhaltebecken wird sowohl Regenwasser von den Verkehrsflächen als auch vom Sportplatz zurückgehalten.

### 8.4 Lärmtechnische Untersuchung

*Lärmtechnische Untersuchung Sportanlagenlärm nach 18. BImSchV. Verfasser: Wasser- und Verkehrskontor. Neumünster, 24.06.2024*

Im Rahmen der Bauleitplanung und der damit verbundenen Erweiterung der bestehenden Sportanlage wurde eine lärmtechnische Untersuchung durchgeführt. Da es sich hierbei um eine Sportanlage im Sinne der *Sportanlagenlärmschutzverordnung, 18. BImSchV [1] handelt*, sind die Emissionen aus Sportanlagenlärm und die auf die vorhandene Bebauung einwirkenden Immissionen zu ermitteln. Die lärmtechnische Untersuchung untersucht sowohl die neue Sportanlage (Platz C) als auch die bestehenden beiden Anlagen. (Platz A und B).

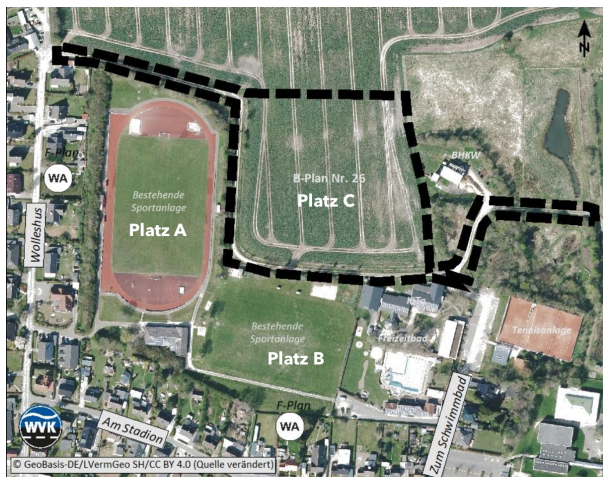


Abb.: Platzbezeichnung



„Die Schutzbedürftigkeit der Bebauung der Nachbarschaft ist entsprechend der in Bebauungsplänen festgelegten Gebietsnutzungen zu berücksichtigen. Für die maßgebliche schutzbedürftige Bebauung existieren jedoch keine Bebauungspläne, so dass der Schutzanspruch für die tatsächliche Nutzungscharakteristik in Anlehnung an den F-Plan zum Ansatz gebracht wird. Für alle schutzbedürftigen Wohnnutzungen wird von einem Allgemeinen Wohngebiet (WA) ausgegangen. Für die Kindertagesstätte wird aufgrund der Nutzungscharakteristik der Schutzanspruch von Mischgebieten (MI) berücksichtigt.

(...)

Im Rahmen der Berechnungen wird die Nutzung der Sportanlagen im Beurteilungszeitraum TAG untersucht. Im Beurteilungszeitraum NACHT wird lediglich die Nutzung des geplanten Parkplatzes berücksichtigt. Aufgrund unterschiedlicher Beurteilungskriterien und unterschiedlicher Nutzungsintensität werden die Berechnungsergebnisse sowohl für Werktage als auch für Sonn- und Feiertage aufgeführt.

(...)

Die Berechnungsergebnisse zeigen, dass die Nutzung aller Sportplätze an Werktagen für den Trainings- und Punktspielbetrieb unproblematisch ist. Lediglich in der mittäglichen Ruhezeit an Sonn- und Feiertagen werden die Immissionsrichtwerte der 18. BImSchV [1] infolge des Einsatzes der Beschallungsanlage auf dem Platz A an der westlich liegenden Bebauung im Zuge der Straße *Wolleshuus* überschritten. Lärmschutzmaßnahmen sind ggf. erforderlich.“

Durch die Verwendung einer geringeren Lautstärke für die Beschallungsanlage auf dem Platz A oder ein Ausweichen von Sportveranstaltung auf die anderen Plätzen innerhalb der genannten kritischen Zeiträume kann dieser Überschreitung entgegen gewirkt werden

Für das Plangebiet der Bauleitplanung gilt:

„Durch den Platz C sind keine an Samstagen oder Sonntagen zu schützenden Nutzungen angeordnet, so dass die von der Sportanlage ausgehende Störwirkung aufgrund der größeren Entfernung zu der Wohnbebauung minimiert wird.“

Für die vorliegende Bauleitplanung sind demnach keine weiteren Lärmschutzmaßnahmen zu treffen.

## 8.5 Verkehrstechnische Untersuchung

*Verkehrstechnische Untersuchungen. Verfasser: Masuch + Olbrisch Ingenieurgesellschaft mbH. Oststeinbek, 30.01.2025*

Ziel der verkehrstechnischen Untersuchung war es zu prüfen, ob die zusätzlichen Verkehre, die aus dem Bebauungsplangebiet zu erwarten sind, im angrenzenden Straßennetz leistungsgerecht abgewickelt werden können. Hierfür wurden vor allem die Straßen „Wolleshuus“ und „Zum Schwimmbad“ betrachtet.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die geplante Kfz-Erschließung über die Straße „Wolleshuus“ realisierbar ist, sofern diese zu einer durchgehenden Mischverkehrsfläche gemäß RAST 06 umgestaltet wird. Auch bei einer Erschließung über die Straße „Zum Schwimmbad“ empfiehlt das Gutachten eine Umgestaltung der Straßenverkehrsfläche. Im Zuge der Umgestaltungen ist ebenfalls eine Optimierung der Verbindungen für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen.

Die an Normaltagen künftig zu erwartenden Verkehre können über die Anbindungen an die Landesstraße ohne Um- bzw. Ausbaumaßnahmen ausreichend leistungsfähig abgewickelt werden. Bei Großveranstaltungen sollte ein Zu-/Abflussmanagement eingerichtet werden.

## **9 Begründung der planungsrechtlichen Festsetzungen**

### **9.1 Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen**

Entsprechend der städtebaulichen Zielsetzung wird der gesamte Plangeltungsbereich als Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmungen „Sportanlagen“ festgesetzt. Innerhalb der Gemeinbedarfsfläche sind bauliche Anlagen zulässig, die der festgesetzten Zweckbestimmung dienen und dieser Nutzungen räumlich und funktional zugeordnet sind.

Zulässig sind Anlagen für sportliche Zwecke, wie Sport- und Kunstrasenplätze und sonstige Sportanlagen einschließlich der erforderlichen Freiflächen und Nebenanlagen, Vereinsräume, Tribünen sowie bauliche Anlagen, die den aufgeführten Nutzungen dienen und dieser Nutzung räumlich und funktional zugeordnet sind. Weiterhin sind Stellplätze mit ihren Zufahrten zulässig.

### **9.2 Maß der baulichen Nutzung**

#### **Anzahl der Vollgeschosse / Höhe baulicher Anlagen**

Die Höhe der baulichen Anlagen wird über die Anzahl der Vollgeschosse sowie über die Höhe der baulichen Anlagen gesteuert. Die Vorgaben betreffen voraussichtlich die Gestaltung des neuen Vereinsheims und einer möglichen Tribünenanlage. Zulässig ist ein Gebäude mit einem Vollgeschoss. Grundsätzlich ist die Höhe baulicher Anlagen auf 6 Meter (entspricht 41 Metern über Normalhöhennull) beschränkt.

#### **Grundflächenzahl**

Für die Gemeinbedarfsflächen wird auf die Festsetzung einer Grundflächenzahl verzichtet. Aufgrund der vorgesehenen Nutzung als Sportanlage besteht kein planerisches Erfordernis zur Begrenzung der überbaubaren Grundstücksfläche. Die baulichen Anlagen beschränken sich im Wesentlichen auf untergeordnete, funktional notwendige Einrichtungen wie dem Vereinsheim. Der überwiegende Flächenanteil wird durch offene Sport- und Freiflächen geprägt, sodass eine Steuerung der baulichen Dichte über eine Grundflächenzahl weder erforderlich noch zweckmäßig ist.

#### **Überbaubare Flächen / Baugrenzen**

Für den Neubau des Vereinsheims sowie eines neuen Sportplatzes sowie für die Errichtung der dazugehörigen Stellplatzanlage wird ein Baufeld festgesetzt. Damit wird eine größtmögliche Flexibilität für die bauliche Entwicklung festgesetzt.

### **9.3 Verkehrsflächen**

#### **Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Verkehrsberuhigter Bereich“**

Zur Erschließung des Gebietes und der geplanten Parkplatzanlage wird eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Verkehrsberuhigter Bereich“ festgesetzt. Diese mündet in der öffentlichen Parkfläche.

#### **Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Fußgänger-/ Radfahrerbereich“**

Um die Erschließung aus östlicher Richtung zu sichern, wird eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung als „Fußgänger-/Radfahrerbereich“ auf der vorhandenen Spurbahn festgesetzt. Sie verbindet die Sportplatzflächen mit den angrenzenden sozialen Infrastrukturen (Schule, Kindertagesstätte und Freibad). Der Ausbau dieser Wegeverbindung dient einer direkten fußläufigen und Radverbindung.

### **Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Öffentliche Parkfläche“**

Zur Unterbringung des Besucherverkehrs für den Sportbetrieb wird eine öffentliche Parkfläche festgesetzt. Die Fläche dimensioniert den entsprechenden Bedarf an Stellplätzen sowie der verkehrlichen Abwicklung von Mannschaftsbussen.

## **10 Begründung der grünordnerischen Festsetzungen**

### **10.1 Neuanlage Knick**

Entlang der nördlichen sowie östlichen Grenze des Plangebietes wird ein Grünstreifen zur Neuanlage eines Knicks als Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt. Die Neuanlagen von Knicks sind wie folgt vorzunehmen.

Innerhalb dieser Fläche ist ein Knickwall mit einer Sohlbreite von 3,0 m, einer Kronenbreite von 1,0 m und einer Wallhöhe von mind. 1,0 m über Gelände herzustellen. Es sind mindestens 50 cm breite Knickschutzstreifen herzustellen. Für die Bepflanzung sind Arten des regionaltypischen Knickartenspektrums (Eichen-Birkenwaldgesellschaft) zu verwenden. Die dauerhafte und fachgerechte Pflege unter Anwendung der Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz ist sicherzustellen. Innerhalb der Knickschutzstreifen sind jegliche Bebauungen, Versiegelungen, Abgrabungen und Aufschüttungen unzulässig. Die Neuanlage des Knicks dient der Abschirmung der großflächigen Sportanlage zur offenen Landschaft und einer Durchgrünung des Geländes.

## **11 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**

### **11.1 Dachbegrünung**

Aus ökologischen Gründen wird festgesetzt, dass Flachdächer und flach geneigte Dächer mit einer Dachneigung bis zu 15 ° als Gründächer auszuführen sind. Mit der Begrünung von Dachflächen werden ökologisch wirksame Ersatzlebensräume für Tier- und Pflanzenarten in Baugebieten geschaffen. Die Begrünung mindert den Aufheizeffekt von Dachflächen, verzögert den Abfluss anfallender Niederschläge von Dächern und mindert die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch bauliche Anlagen.

### **11.2 Artenschutzrechtliche Bauzeitregelungen**

Auf Grundlage des Artenschutzfachbeitrags werden Bauzeitenregelungen zu Schutz von Brutvögeln und Amphibien ergänzt.

Die Baumaßnahmen im östlichen Bereich des Planungsgebietes (vom Dennertweg bis Beginn der Ackerfläche) dürfen nur im Zeitraum vom 31.10. bis 15.02. des Folgejahres erfolgen. Ist der Zeitraum vom 31.10. bis 15.02. für Eingriffe nicht einzuhalten, ist die Errichtung eines Amphibienschutzzaunes mit Umkehrschleife notwendig. Der Amphibienschutzzaun muss bis zum Ende der Bautätigkeiten instand gehalten werden. Seine Funktionsfähigkeit muss regelmäßig (alle 2 Wochen) durch eine fachlich geschulte Umweltbaubegleitung geprüft werden.

Für Brutvögel dürfen Fällung von Gehölzen nur im Zeitraum zwischen dem 01.10. und 28.02. des Folgejahres erfolgen. Eingriffe in die Ackerfläche sind ausschließlich im Zeitraum zwischen dem 01.10. und 28.02. des Folgejahres zulässig.

## **12 Abwägung**

*...wird im weiteren Verfahren ergänzt.*

### **13 Verkehr und Erschließung**

Das Plangebiet wird über die Straßen „Wolleshuus“ erschlossen. Die Erschließung für die PKWs endet an der geplanten Stellplatzanlage. Hierfür ist eine Umgestaltung der Straße zu einer durchgehenden Mischverkehrsfläche gemäß RAS 06 notwendig.

Von Osten kommend wird eine Anbindung für Fahrradfahrer:innen und Fußgänger:innen festgesetzt.

Die Erschließung des Sportplatzgeländes für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen erfolgt über die Gemeinbedarfsfläche. Geplant ist eine direkte, durchgängige Wegeverbindung für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen.

### **14 Ver- und Entsorgung**

#### **14.1 Strom- und Wärmeversorgung**

Der Anschluss an das Netz für die Strom- und Wärmeversorgung erfolgt über bestehende Leitungstrassen.

#### **14.2 Frischwasserversorgung**

Das Plangebiet wird an das bestehende Wasserversorgungsnetz des Wasserbeschaffungsverbandes Mittelangeln angeschlossen.

#### **14.3 Schmutzwasserbeseitigung**

Die Schmutzwasserentsorgung erfolgt durch Anschluss an das bestehende Netz durch die Abwasser & Service Mittelangeln GmbH. Es ist vorgesehen, das Schmutzwasser des Vereinsgebäudes in die öffentliche Schmutzwasserkanalisation in der Straße „Wolleshuus“ einzuleiten.

#### **14.4 Oberflächenentwässerung**

Das in Kap. 8.3 genannte Entwässerungskonzept sieht vor, das auf der Dachfläche des Vereinsgebäudes und auf den befestigten Verkehrs- und Stellplatzflächen anfallende Oberflächenwasser und das Drainagewasser des Sportplatzes über eine unterirdische Rückhalteeinrichtung als Graben in die öffentliche Regenwasserkanalisation der Gemeinde einzuleiten. Die befestigten Verkehrsflächen werden in Asphalt und die Stellplatzflächen mit Betonsteinpflaster versehen. Das Oberflächenwasser der Gehwegflächen wird seitlich in die Grünflächen abgeleitet und nicht in die öffentliche Kanalisation eingeleitet.

#### **14.5 Abfallbeseitigung**

Die Abfallbeseitigung erfolgt über den Kreis Schleswig-Flensburg.

#### **14.6 Brandschutz**

Die Löschwasserversorgung erfordert eine Wassermenge von mindestens 48 m<sup>3</sup>/h für einen Zeitraum von mindestens zwei Stunden. Die Löschwassermenge muss gemäß dem DVGW-Arbeitsblatt W 405 in einem Umkreis von 300 m, bezogen auf die geplanten Gebäude, jeweils für jedes Gebäude einzeln betrachtet, zur Verfügung stehen. Für die Brandbekämpfung ist es unerlässlich, dass die Feuerwehr innerhalb kürzester Zeit vor Ort einsatzbereit ist (sog. Hilfsfrist, die ca. 10 Minuten beträgt). Dies ist nur möglich, wenn die Entfernung zwischen der Einsatzstelle, z. B. einem brennenden Gebäude, und dem Hydranten maximal 75 m Luftlinie beträgt. Dies entspricht einer 80 bis 120 m langen Druckschlauchleitung, die zwischen dem Hydranten und der Einsatzstelle zu verlegen ist. Um die vorgenannten Vorgaben einhalten und eine Rettung von Menschen

nach Maßgabe des § 15 LBO jederzeit gewährleisten zu können, ist es erforderlich, dass eine ausreichende Anzahl an Hydranten - in Abstimmung mit der örtlichen Feuerwehr - innerhalb des Plangebietes gesetzt werden. Dies wird im Rahmen der nachfolgenden Erschließungsplanung berücksichtigt.

## 15 Flächenbilanz

Die Flächenbilanz des Plangebietes zeigt sich wie folgt:

Fläche für Gemeinbedarf	17.319 m²
Grünfläche	1.240 m²
Verkehrsfläche bes. Zweckbest. „Parkfläche“	1.919 m²
Verkehrsfläche bes. Zweckbest. „Fußgänger / -Radfahrerbereich“	2.653 m²
<u>Verkehrsfläche bes. Zweckbest. „Verkehrsberuhigter Bereich“</u>	<u>2.002 m²</u>
Plangeltungsbereich	25.133 m²

## TEIL II - UMWELTBERICHT

### GEMEINSAMER UMWELTBERICHT FÜR DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 26 UND DIE 19. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS

#### 16 Einleitung

Der Umweltbericht wurde für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 26, die im Parallelverfahren bearbeitet werden, als eine gemeinsame Unterlage verfasst. Er erreicht deshalb eine Untersuchungstiefe, die der Bearbeitungsebene eines Bebauungsplans entspricht. Alle Aussagen sind damit im Sinne der Abschichtung auch für die Ebene des Flächennutzungsplanes zutreffend. Gemäß Kommentierung zum BauGB spricht eine effiziente Verfahrensführung dafür, bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen die Ergebnisse einer vorgenommenen Umweltprüfung auf der sich anschließenden Ebene der verbindlichen Bauleitplanung zu nutzen (Ernst / Zinkahn / Bielenberg / Krautzberger RN 535). Diese „Abschichtung von unten nach oben“ ist keine Abschichtung im eigentlichen Sinne, sondern eine Heranziehung von verfügbaren relevanten Umweltinformationen. Aus Gründen der Verfahrensökonomie bietet es sich deshalb an, Prüfungsschritte auf einzelnen Ebenen zu bündeln (Ernst / Zinkahn / Bielenberg / Krautzberger RN 536). Wenn sich Textpassagen im Folgenden auf den Bebauungsplan Nr. 26 beziehen, ist davon auszugehen, dass sie in gleicher Weise auch für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes zutreffen.

Der Plangeltungsbereich der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes ist identisch mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 26.

#### 16.1 Gesetzliche Grundlagen

Im Rahmen der Bauleitplanung ist gem. § 2 (4) BauGB für die Belange des Umweltschutzes eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Der Umweltbericht ist Bestandteil der Begründung.

Der Umweltbericht ist im Verfahren fortzuschreiben, da er die Ergebnisse der Umweltprüfung und damit u.a. Ergebnisse der Abwägung des Planungsträgers in der Auseinandersetzung mit Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung zu dokumentieren hat.

Wesentliches Ziel des Umweltberichtes ist neben der Aufbereitung des umweltrelevanten Abwägungsmaterials hiernach, Dritten eine Beurteilung zu ermöglichen, inwieweit sie von Festsetzungen des Bebauungsplanes betroffen sein können.

Der Umweltbericht wird nach den Vorgaben der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4, §§ 2a und 4c BauGB erstellt.

Die Untersuchungstiefe der Umweltprüfung orientiert sich in Übereinstimmung mit der Formulierung in § 2 Abs. 4 Satz 3 BauGB an den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 26. Geprüft wird, welche erheblichen Auswirkungen durch die Umsetzung des Bebauungsplanes auf die Umweltbelange entstehen können und welche Einwirkungen auf die geplanten Nutzungen aus der Umgebung erheblich einwirken können, nicht jedoch außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Ereignisse.

#### 16.2 Untersuchungsraum

Der Untersuchungsraum umfasst den Plangeltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 26 und die nähere Umgebung, die von den Planungen betroffen sein könnte.

## 17 Festgelegte Ziele des Umweltschutzes und deren Berücksichtigung bei der Aufstellung

(BauGB Anlage 1 Nr. 1 Buchstabe a)

### 17.1 Fachgesetzliche Ziele

Rechtsvorschriften	Allgemeine Grundsätze / Ziele	Berücksichtigung
<b>Allgemeine schutzgut-übergreifende Aussagen zum Schutz der Umwelt und ihrer Bestandteile</b>		
Baugesetzbuch (BauGB)	<p>§1 Abs. 5 BauGB: Gewährleistung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, die soziale, wirtschaftliche u. umweltschützende Anforderungen berücksichtigt, Schutz und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen</p> <p>§ 1 Abs. 6 Nr. 7a, e, f, g, i BauGB:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen bei der Aufstellung von Bauleitplänen</li> <li>Berücksichtigung der Auswirkungen der Bauleitplanung auf die einzelnen Schutzgüter, deren Wirkungsgefüge und die biologische Vielfalt</li> <li>Vermeidung von Emissionen</li> <li>Sparsame, effiziente Nutzung von (erneuerbaren) Energien</li> <li>Berücksichtigung der Darstellung von Landschafts- und sonstigen Plänen</li> </ul> <p>§ 4c BauGB: Vorschriften zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen (Monitoring)</p>	<p>Städtebauliches Konzept</p> <p>Berücksichtigung im Umweltbericht Maßnahmen zu Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen, Nutzung von Photovoltaik, Planung entspricht Zielen des Landschaftsplans</p> <p>Die Gemeinde Mittelangeln überwacht die Umsetzung der artenschutzrechtlichen Bauzeitenregelungen und Vermeidungsmaßnahmen sowie die Ausgleichsmaßnahme.</p>
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	<p>§ § 13-18 BNatSchG:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vermeidung und Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds und der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts mit seinen Schutzgütern (Eingriffsregelung)</li> </ul>	Maßnahmen zu Vermeidung und Minderung nachteiliger Umweltauswirkungen
Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)	§ 1 Abs. 1 BImSchG: „Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Wild- und Nutztiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre, das Klima sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen..“	Lärmgutachten
<b>Schutzgut Mensch</b>		
Baugesetzbuch (BauGB)	§ 1 Abs. 6 Nr. 7c: Berücksichtigung der umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt	Lärmgutachten
<b>Schutzgut Pflanzen und Tiere</b>		
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	<p>§ 1: „Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die biologische Vielfalt,</li> <li>2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts ... sowie</li> <li>3. die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforder-</li> </ol>	<p>Erhalt vorhandener Knicks</p> <p>Neuanlage von Knicks</p> <p>Begrenzung der zulässigen Versiegelung</p>

	lich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.“	
	§ 20 / § 21 BNatSchG: In diesen beiden Paragraphen ist der Biotopverbund und die Biotopvernetzung gesetzlich verankert. Danach soll ein Biotopverbundsystem auf mindestens 10 % der Landesfläche entwickelt werden. Es soll auch zur Verbesserung des Zusammenhangs des europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000 dienen.	Es sind keine Biotopverbundflächen betroffen.
	§ 30 (2) Gesetzlich geschützte Biotope: „Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der in § 30 (2) Nr. 1 bis 6 genannten Biotope führen können, sind verboten.“	Es sind keine gesetzlich geschützte Biotope im Plangebiet vorhanden.
	§ 31 Aufbau und Schutz des Netzes „Natura2000“: „Der Bund und die Länder erfüllen die sich aus den Richtlinien 92/43/EWG und 2009/147/EG ergebenden Verpflichtungen zum Aufbau und Schutz des zusammenhängenden europäischen ökologischen Netzes "Natura 2000" im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie 92/43/EWG.“	Das nächstgelegene FFH-Gebiet 1223-356 „Wälder an der Bode-nau“ liegt in ca. 475 m Entfernung. Es sind keine Auswirkungen der vorliegenden Planung auf das FFH-Gebiet zu erwarten.
	§ 44 Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte Tier- und Pflanzenarten	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag liegt vor
<b>Schutzgut Boden</b>		
Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)	§ 1: „Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte soweit wie möglich vermieden werden.“	Flächensparende Erschließung
Baugesetzbuch (BauGB)	§ 1a Abs. 2: „Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden...“	Flächensparende Erschließung
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	§ 1 Abs. 3 Nr. 2: „Böden sind so zu erhalten, dass sie ihre Funktion im Naturhaushalt erfüllen können; nicht mehr genutzte versiegelte Flächen sind zu renaturieren, oder, soweit eine Entsiegelung nicht möglich oder nicht zumutbar ist, der natürlichen Entwicklung zu überlassen.“	Reduzierung der Versiegelung auf das absolut notwendige Maß
Landesbodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchG)	§ 1: „Die Funktionen des Bodens sind [...] zu schützen, zu bewahren und wiederherzustellen. Beeinträchtigungen der natürlichen Funktionen des Bodens und seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte sollen im Rahmen der Gesetze soweit wie möglich vermieden und die Inanspruchnahme von Flächen auf das notwendige Maß beschränkt werden.“	Es sind keine Altlastenverdachtsfläche im Plangebiet vorhanden.
<b>Schutzgut Wasser</b>		
Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	§ 1: „Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen.“	Entwässerungskonzept liegt vor
<b>Schutzgut Luft und Klima</b>		
Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)/ Gesetz zur Energie-wende und zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein (EWKG)	§ 1 KSG: Festlegung von nationalen Klimaschutzziele Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius Verzicht auf die Verwendung von Technologien auf Basis fossiler Energieträger und Kernenergie effizientere Verwendung von Energie und der Zubau von Energieerzeugungsanlagen und Energiespeichern auf Basis Erneuerbarer Energien § 13 KSG: Berücksichtigungsgebot	Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen werden im weiteren Verfahren geprüft. Energieversorgung des geplanten Gebäudes durch erneuerbare Energien wird geprüft.



	„Die Träger öffentlicher Aufgaben haben bei ihren Planungen und Entscheidungen den Zweck dieses Gesetzes und die zu seiner Erfüllung festgelegten Ziele zu berücksichtigen.“	
Baugesetzbuch (BauGB)	<p>§ 1 Abs. 5: Die Bauleitpläne sollen den Klimaschutz und die Klimaanpassung fördern und zur Erfüllung der Klimaschutzziele des Bundesklimaschutzgesetzes die Wärme- und Energieversorgung von Gebäuden treibhausgasneutral gestalten.</p> <p>§ 1 Abs. 6 Nr. 7a: Die Auswirkungen auf das Klima sind insbesondere zu berücksichtigen.</p> <p>Nr. 7 h: „die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden.“</p>	Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen werden im weiteren Verfahren geprüft.
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	§ 1 Abs. 3 Nr. 4: „Luft und Klima auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen; dies gilt insbesondere für Flächen mit günstiger lufthygienischer oder klimatischer Wirkung wie Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete oder Luftaustauschbahnen; dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien kommt eine besondere Bedeutung zu.“	Es sind keine Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete oder Luftaustauschbahnen betroffen.
<b>Schutzgut Landschaft</b>		
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	<p>§ 1 Abs. 4 „Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedlung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren,</li> <li>2. Vorkommen von Tieren und Pflanzen sowie Ausprägungen von Biotopen und Gewässern auch im Hinblick auf ihre Bedeutung für das Natur- und Landschaftserlebnis zu bewahren und zu entwickeln,</li> <li>3. zum Zweck der Erholung in der freien Landschaft nach ihrer Beschaffenheit und Lage geeigneten Flächen vor allem im besiedelten und siedlungsnahen Bereich zu schützen und zugänglich zu machen.“</li> </ol>	Eingrünung durch Neuanlage von Knicks
Baugesetzbuch (BauGB)	<p>§ 1 Abs.5: „...die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.“</p> <p>§ 1 Abs. 6 Nr. 5: „Die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere zu berücksichtigen.“</p>	<p>Es sind keine Denkmale betroffen.</p> <p>Eingrünung durch Neuanlage von Knicks</p>
<b>Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter</b>		
Denkmalschutzgesetz - Schleswig-Holstein (DSchG SH)	<p>§ 1 Abs. 1: „Denkmalschutz und Denkmalpflege liegen im öffentlichen Interesse. Sie dienen dem Schutz, der Erhaltung und der Pflege der kulturellen Lebensgrundlagen, die auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen der besonderen Fürsorge jedes Einzelnen und der Gemeinschaft anvertraut sind. Mit diesen Kulturgütern ist im Rahmen einer nachhaltigen Ressourcennutzung schonend und werterhaltend umzugehen.“</p> <p>§ 8 Nr. 1: „Unbewegliche Kulturdenkmale sind gesetzlich geschützt...“</p>	Es sind keine Kulturgüter und sonstigen Sachgüter betroffen.

## 17.2 Ziele aus Fachplanungen

Siehe Kapitel 4.4 und 4.5.

## 17.3 Schutzgebiete

Es sind keine Schutzgebiete betroffen.

## 18 Zu erwartende Auswirkungen auf die Umwelt

Die neue Bebauung wird zu Versiegelungen des Bodens und damit zu Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden und Grundwasser führen.

Zudem wird die geplante Bebauung zu einer Beseitigung von Vegetationsbeständen und zur Veränderung des Landschafts- und Ortsbildes führen. Betroffen sind nur Biotoptypen geringer Wertigkeit.

Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere sind im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrags (AFB) untersucht worden. Die Verträglichkeit der vorliegenden Planung ist auf Basis von faunistischen Erfassungen geprüft worden (siehe AFB bzw. Kap. 21 dieser Begründung). Bei Beachtung aller im Gutachten benannten Vermeidungs-, Minimierungs- und Ersatzmaßnahmen treten keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ein.

Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch durch Lärmemissionen sind nicht zu erwarten, eine lärmtechnische Untersuchung liegt vor.

Erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter Kultur- und Sachgüter und Klima sind ebenfalls nicht zu erwarten.

## 19 Untersuchungsrahmen für die Umweltprüfung

Der Untersuchungsumfang für die Umweltprüfung dient nicht einer möglichst vollständigen Sammlung und Darstellung aller Schutzgutdaten für das Untersuchungsgebiet. Vielmehr erfolgt eine Fokussierung der Untersuchungen auf die Daten, die zur Bewertung der Auswirkungen durch den Bebauungsplan Nr. 26 auf die Schutzgüter von Bedeutung sind. Dabei werden bau-, anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen des Vorhabens berücksichtigt. Nachfolgend wird der Untersuchungsrahmen für den Umweltbericht in Tabellenform dargestellt.

Untersuchungsgegenstand	Vorhandene Unterlagen	Zusätzlich benötigte Unterlagen
<b>Schutzgut Fläche</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Aktuelle Flächennutzung</li> <li>Bewertung: Inanspruchnahme von nicht versiegelten, naturbetonten Flächen</li> </ul> <p>➔ Relevante Auswirkungen auf nicht versiegelte Flächen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Regionalplan</li> <li>Landschaftsrahmenplan</li> <li>Landschaftsplan</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aktuelle Bestandserfassung</li> </ul>
<b>Schutzgut Boden</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bodentyp/ Bodenart</li> <li>Bewertung: Ertragsfähigkeit,</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bodenübersichtskarte 1 : 200.000</li> </ul>	-

Standortqualität für natürliche Vegetation, Lebensraum für natürliche Pflanzen • Vorbelastungen → Relevante Auswirkungen auf das Schutzgut Boden	• Bodenkarten 1:25.000 • Bodenbewertung Umweltportal SH • Landschaftsplan • Regionalplan, Landschaftsprogramm, Landschaftsrahmenplan • Baugrundgutachten	
<b>Schutzgut Wasser</b>		
• Grundwasser • Oberflächengewässer • Wasserqualität • Vorflutverhältnisse • Bewertung: Natürlichkeit a) Relevante Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser	• Landschaftsplan • Landschaftsrahmenplan • Regionalplan • A-RW1 Nachweis und Entwässerungskonzept	-
<b>Schutzgut Klima/Luft</b>		
• Lokalklima • Klima SH • Klimawandel • Bewertung: raumbedeutende Klimafunktionen → Relevante Auswirkungen auf das Schutzgut Klima Luftqualität • Bewertung: raumbedeutende Frischluftfunktionen → Relevante Auswirkungen auf das Schutzgut Luft	• Luftqualität in SH (Jahresübersichten der Lufthygienischen Überwachung SH)	-
<b>Schutzgut Pflanzen</b>		
• Gesetzlich geschützte Biotope • Rote Liste Arten (höhere Pflanzenarten) • Besonders und streng geschützte Arten (höhere Pflanzenarten) • Biotop- und Nutzungstypen • Prägende Gehölzstrukturen • Bewertung: Naturnähe, Alter/Ersetzbarkeit, seltene Arten, Seltenheit des Biotoptyps → Relevante Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen	• Landschaftsplan • Biotopkartierung des LfU	• Aktuelle Bestandserfassung

<b>Schutzgut Tiere</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Brutvögel</li> <li>• Amphibien</li> <li>• Fledermäuse</li> <li>• Bewertung: Seltenheit des Lebensraums, Vorkommen plan-relevanter Arten</li> <li>➔ Relevante Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere</li> <li>➔ Bewertung der artenschutzrechtlichen Auswirkungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag</li> </ul>	
<b>Schutzgut biologische Vielfalt</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Biotopverbundsystem</li> <li>• Schutzgebiete</li> <li>• Geschützte und seltene Pflanzen- und Tierarten</li> <li>• Bewertung: Lage in naturschutzfachlich bedeutsamen Gebieten sowie Beachtung besonders schützenswerten Arteninventars</li> <li>➔ Relevante Auswirkungen auf die biologische Vielfalt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entsprechend des Materials für die Schutzgüter Pflanzen und Tiere sowie rechtliche Bindungen und planerische Vorgaben</li> </ul>	
<b>Schutzgut Landschaft</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prägende Landschaftsstrukturen bzw. ortsbildprägende Strukturen</li> <li>• Sichtbeziehungen</li> <li>• Historische Kulturlandschaften</li> <li>• Vorbelastungen</li> <li>• Bewertung: Natürlichkeit, historische Kontinuität, Vielfalt</li> <li>➔ Relevante Auswirkungen auf das Landschaftsbild</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landschaftsplan</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landschaftsbilderfassung durch Ortsbegehung</li> </ul>
<b>Schutzgut Mensch</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wohnen / Wohnumfeld</li> <li>• Erholung</li> <li>• Gesundheit</li> <li>• Bewertung: Wohnfunktion, Erholungswirksamkeit der Landschaft, gesundheitliche Wirkungen der Umgebung</li> <li>➔ Relevante Auswirkungen auf Wohnumfeld und Erholungsräume</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landschaftsplan</li> <li>• Flächennutzungsplan</li> <li>• Lärmtechnische Untersuchung</li> </ul>	

<b>Schutzgut Kultur- und Sachgüter</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Denkmale (Archäologische Denkmale, Kulturdenkmale)</li> <li>• Geotope</li> </ul> <p>➔ Abschätzung der zu erwartenden Beeinträchtigungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landschaftsplan</li> <li>• Liste der Kulturdenkmale SH</li> </ul>	-
<b>Technischer Umweltschutz</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ver- und Entsorgung</li> <li>• Erneuerbare Energien</li> <li>• Gefahrenpotenzial Unfälle</li> </ul> <p>➔ Bewertung: Vorhaben mit maßgeblichen Auswirkungen auf die Umwelt</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Planzeichnung und Begründung des Bebauungsplanes</li> </ul>	-
<b>Sonstiges</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtliche Bindungen und planerische Vorgaben</li> </ul> <p>➔ Berücksichtigung umweltrelevanter Vorgaben in der Planung</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesentwicklungsplan, Regionalplan</li> <li>• Landschaftsprogramm, Landschaftsrahmenplan, Landschaftsplan</li> <li>• Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem</li> <li>• Natura 2000</li> <li>• Verordnungen (NSG, LSG)</li> </ul>	-

## 20 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Das geplante Bauvorhaben stellt nach § 14 BNatSchG einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Das Bundesnaturschutzgesetz schreibt für die Aufstellung bzw. Änderung von Bauleitplänen, aufgrund derer ein Eingriff in verschiedene Schutzgüter zu erwarten ist, die Anwendung der Eingriffsregelung nach § 18 BNatSchG i.V.m. § 1a BauGB vor.

Da der Bebauungsplan Nr. 26 Eingriffe in Natur und Landschaft erwarten lässt, wird im Rahmen der grünordnerischen bzw. landschaftspflegerischen Untersuchungen über Maßnahmen zur Vermeidung, zum Ausgleich oder zum Ersatz befunden werden. Dies wird sowohl textlich als auch soweit erforderlich und sinnvoll planzeichnerisch im Zuge der weiteren Erarbeitung des Bebauungsplans durchgeführt werden.

Die Planungen werden voraussichtlich zu Eingriffen in die Schutzgüter Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und Landschaftsbild führen.

Die maßgeblichen stattfindenden Eingriffe sind Versiegelungen des Bodens und damit einhergehende Beeinträchtigungen des Grundwasserhaushaltes sowie die Errichtung baulicher Anlagen in einem bisher unbebauten Landschaftsraum.

Eine detaillierte Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung unter Anwendung des Runderlasses „Hinweise zur Anwendung der naturschutzrechtlichen Anwendung in der verbindlichen Bauleitplanung“ wird im Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 26 erfolgen.

## 21 Artenschutzrechtliche Prüfung

Die Verträglichkeit der vorliegenden Planung mit geltendem Artenschutzrecht wurde im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrages untersucht:

*Artenschutzfachbeitrag für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 26 /19. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Mittelangeln*

*Verfasser: GFN Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung mbH*

*Stand: 06.03.2025*

Zunächst erfolgte am 07.02.2024 eine Potenzialbegehung und eine Baumhöhlenkartierung. Aufgrund des festgestellten hohen Potenzials für Gehölzbrüter, Offenlandbrüter und Amphibien erfolgten anschließend zur Erfassung relevanter Tierarten sowohl gezielte Geländeerhebungen innerhalb des überplanten Raums und dessen nahem Umfeld als auch eine Abfrage und Auswertung vorhandener Daten.

Die Geländekartierungen beschränkten sich auf die besonders planungsrelevanten Artengruppen der Brutvögel und Amphibien. Für alle weiteren Tiergruppen wurde eine reine Potenzialanalyse auf Grundlage der Geländebegehungen und der ausgewerteten Daten erarbeitet.

Im Folgenden werden Auszüge aus dem Gutachten zur Zusammenfassung der Ergebnisse genutzt.

### Bestand Brutvögel

Das Untersuchungsgebiet hat als Bruthabitat eine Bedeutung für

#### ➤ Offenlandbrüter

Es wurde eine Brut der Schafstelze auf dem Untersuchungsgebiet festgestellt. Somit wird die Artengruppe der Offenlandbrüter sowie die Feldlerche in der Einzelbetrachtung in der Konfliktanalyse (AFB Kap. 6: Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen) behandelt.

#### ➤ Feldlerche

Es wurde eine Brut der Feldlerche angrenzend an das Untersuchungsgebiet festgestellt. Da durch landwirtschaftliche Aktivitäten auftretende Revierverschiebungen nicht untypisch sind, ist die Feldlerche trotz Brut außerhalb des Planungsgebiets für Ausgleichsmaßnahmen zu betrachten. Somit wird die Feldlerche in der Einzelbetrachtung der Konfliktanalyse (AFB Kap. 6: Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen) behandelt.

#### ➤ Rauchschwalbe

Rauchschwalbennester wurden im direkt an das Planungsgebiet angrenzenden Gebäude festgestellt. Da nur ein kleiner Teil des bejagten Feldes vom Eingriff betroffen ist sowie das als Nistplatz festgestellte Gebäude nicht von der Planung betroffen ist, wird die Rauchschwalbe nicht in der Konfliktanalyse (AFB Kap. 6: Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen) behandelt.

#### ➤ Gehölzbrüter, z.B. Amsel

Aufgrund der vielen Bäume insbesondere am Rande des Untersuchungsgebiets kann das Vorkommen von Bruthabitaten nicht ausgeschlossen werden. Die Gilde der Gehölzbrüter wird aufgrund der potenziellen Betroffenheit bei künftig notwendigen Rodungen, insbesondere für Zuwegungen, in der Konfliktanalyse (AFB Kap. 6: Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen) behandelt.

### Bestand Amphibien

Beim einzigen aktuellen Nachweis von Amphibienarten der AFK-Daten, die im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt werden, handelt es sich um zwei Nachweise des Moorfrosches im Satrupholmer Moor in etwa 2000 Meter Entfernung. Aufgrund der großen Distanz sowie der Bebauung zwischen dem Planungsgebiet und dem Meldungsort des Moorfrosches ist die Vermutung eines Vorkommens dieser Art nicht anzunehmen. Die Amphibien-Erfassung ergab jedoch unter anderem das Vorkommen des Kammmolchs, einer streng geschützten, im Anhang IV der FFH-Richtlinie gelisteten und sowohl bundesweit als auch in Schleswig-Holstein gefährdeten Art in der unmittelbaren Umgebung des Planungsgebietes.

### Bestand Fledermäuse

Es befinden sich auf dem Planungsgebiet keine Gebäude sowie Bäume mit Baumhöhlen, die ein Potenzial für Sommer- oder Winterquartiere aufweisen. Felder mit Monokultur dienen in der Regel nicht als wertvolle Jagdhabitats. Einzig die Baumreihe am Weg könnte als Leitstruktur für Fledermäuse dienen, kann jedoch auch bei einer Umpflanzung der Baumreihe weiter genutzt werden. Da Tagesquartiere von Pipistrellus-Arten in den Pappeln an Gewässer 4 nicht ausgeschlossen werden können, wird die Artengruppe der Fledermäuse in der Konfliktanalyse (AFB Kap. 6: Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen) weiter betrachtet.

## **21.1 Artenschutz-Maßnahmen**

Für die vorkommenden relevanten Arten der Brutvögel ist eine zeitliche Einschränkung von Eingriffen eine wichtige Vermeidungsmaßnahme.

### Festlegung von Bauzeitenfenstern

#### Amphibien

- Baumaßnahmen im östlichen Bereich des Planungsgebietes (vom Dennertweg bis Beginn der Ackerfläche) außerhalb der Aktivitätszeit des Kammmolchs vom 31.10. bis 15.02.
- Ist der Zeitraum vom 31.10. bis 15.02. für Eingriffe nicht einzuhalten, ist die Errichtung eines Amphibienschutzzaunes notwendig (s. AFB Kap. 6.2 Aufstellung eines Amphibienschutzzaunes)

#### Brutvögel

- Fällung von Gehölzen außerhalb der Brutzeit von Gehölzbrütern im Zeitraum zwischen dem 01.10. und 28.02.
- Eingriffe in die Ackerfläche außerhalb der Brutzeit von Offenlandbrütern im Zeitraum zwischen dem 01.10. und 28.02.

#### Fledermäuse

- sofern es zu Eingriffen in die Gehölze um Gewässer 4 kommt, sind diese auf den Zeitraum vom 01.12. bis 28.02. zu beschränken, um die Nutzung von Tagesquartieren durch Fledermäuse auszuschließen. (Hinweis: bisher sind keine Eingriffe in die Gehölze um Gewässer 4 absehbar, der Bereich befindet sich außerhalb des Plangeltungsbereichs. Aus diesem Grund wird diese Bauzeitenregelung nicht in Teil B Text übernommen.)
- Ist der Zeitraum vom 01.12. bis 28.02. für Eingriffe nicht einzuhalten, sind Besatzkontrollen vor den Eingriffen notwendig (s. AFB Kap. 6.4 Besatzkontrolle Fledermäuse)

Nachfolgend ist in Tabelle 13 eine kalendarische Darstellung, wann Maßnahmen umgesetzt werden müssen.

Eingriff	Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
Fällung von Gehölzen	Grün	Grün	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Gelb	Grün
Eingriffe in die Ackerfläche	Grün	Grün	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Grün	Grün
Eingriffe um Gewässer 1	Grün	Grün	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Rot	Grün	Grün

Tabelle 13:  
zeitliche Übersicht zur  
Umsetzung von  
Maßnahmen

#### Legende:

Grün: In dieser Zeit ist der Eingriff ohne Beachtung weiterer Maßnahmen möglich.

Gelb: In dieser Zeit ist der Eingriff nur unter Beachtung von Maßnahmen (s. AFB Kap. 6.4) möglich.

Rot: In dieser Zeit ist ein Eingriff nicht zulässig.

#### Aufstellung eines Amphibienzaunes

Ein Amphibienschutzzaun vermeidet baubedingte Tötungen im Bereich des Feldweges, der Straße „Zum Schwimmbad“ sowie des Dennertweges. Die Vermeidungsmaßnahme beinhaltet:

- Aufstellung eines Amphibienzaunes mit Umkehrschleife,
- Instandhalten des Amphibienschutzzaunes bis zum Ende der Bautätigkeiten,
- Funktionsfähigkeit des Zauns wird regelmäßig (alle 2 Wochen) durch eine fachlich geschulte Umweltbaubegleitung geprüft.

Ein Schutzzaun ist im potenziellen Verdichtungs-bereichen von Amphibienvorkommen (Annäherung der Bauflächen an Laichgewässer, Querung von Amphibienwanderwegen durch regelmäßig befahrene Baustraßen) bei Bauarbeiten im Bereich um Gewässer 1 während der Hauptaktivitätszeiten von Kammolchen (An- und Abwanderung zu Laichgewässern, 15.02.- 31.10) notwendig. D.h. die Zäune sind vor dem 15.02. eines Jahres aufzustellen und haben eine Standzeit bis mindestens 31.10. des gleichen Jahres bis zum Abschluss der Bauarbeiten.

Die korrekte Umsetzung ist von der Umweltbaubegleitung regelmäßig (alle zwei Wochen) zu kontrollieren.

#### Ersatzmaßnahme für Lebensraumverlust

Um den Verbotstatbestand „Verlust von Fortpflanzungsstätten“ sicher auszuschließen, ist als Ersatzmaßnahme durch den teilweisen Lebensraum- und Brutplatzverlust ein halber Flächenausgleich für die Feldlerche empfohlen: Der Flächenbedarf des halben auszugleichenden Reviers ist abhängig von der Struktur der Ausgleichsfläche und liegt zwischen 0,75 ha und 2,5 ha. Ist die Ausgleichsfläche eine strukturreiche aber kurz gehaltene Ackerbrache liegt der Ausgleichsbedarf bei 0,75 ha, bei mesophilem Grünland bei 1,5 ha und bei feuchtem Grünland bei 2,5 ha. Durch Strukturvielfalt auf der Ausgleichsfläche (z.B. kleine Sandhügel, Störstellen mit Offenboden) kann dort der Flächenbedarf auf 1-1,5 ha reduziert werden (LLUR, 2015); die genannte Größe der Ausgleichsfläche ist bereits an den halben Flächenausgleich angepasst.

Lage der Fläche: Ein maximaler Aktionsraum ist bei Feldlerchen nicht zu definieren, der Brutstandort kann jährlich wechseln. Somit ist die maximale Distanz einer potenziellen Ausgleichsfläche zum Brutrevier mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Schleswig-Flensburg abzusprechen. Ein Ausgleich innerhalb der Gemeinde Mittelangeln ist jedoch empfehlenswert. Die Maßnahme ist aus gutachterlicher Sicht nicht als CEF-Maßnahme durchzuführen, da nur ein Teilgebiet des Reviers und nicht der Brutstandort verloren geht und somit kein zwischenzeitlich relevantes Defizit in der ökologischen Funktion darstellt.



Gemeinde Mittelangeln, .....

.....

Die Bürgermeisterin